

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

26. März 2015

Pro Rheintal: Politik hält Bürger zum Narren

Sprecher Frank Gross entsetzt über politische Äußerungen zur Waggonumrüstung

Die Umrüstung von Waggons auf Kunststoffbremsen macht die Güterzüge wesentlich leiser und ist eine der wesentlichen Voraussetzungen, um überhaupt mit dem Lärm noch fertig zu werden. Wenn dazu noch die Schienen regelmäßig und akustisch geschliffen werden, kann sich der Güterschienenverkehr, verglichen mit dem heutigen Lärm, geradezu als Wohlklang erweisen.

Die Vorteile der Umrüstung liegen auf der Hand: geringe Kosten, die sogar vom Staat übernommen werden, sowie schnelle Entlastung für die Menschen von der Lärmgeißel – wenn da nicht die Waggonhalter wären. Die haben nämlich kein Interesse, ihre uralten Graugussgebremsten Waggons umzurüsten, weil diese dann angeblich öfter zur Wartung in die Werkstatt müssen und man deshalb die eigenen Renditen gefährdet sieht. Daher möchten die Transportunternehmen die Situation so lange hinauszögern, bis die meisten Wagen ohnehin auf dem Schrottplatz landen, egal ob Menschen davon krank werden oder gar sterben, erklärt Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross.

Über mehrere Jahre hatte Pro Rheintal mit Staatssekretär Peter Bleser und der rheinland-pfälzischen CDU ein Forderungspapier erarbeitet, das zur Grundlage für den Koalitionsvertrag in Sachen Bahnlärm wurde. Darin enthalten die Forderung, nicht nur die Umrüstung aller Waggons bis 2020 vorzusehen, sondern auch den Weg dahin zu überwachen, damit es nicht nach zehn Jahren wieder heißen würde: Wir wollten zwar, aber es ging leider nicht.

Wenn jetzt Bundesverkehrsminister Dobrindt in Berlin vor Vertretern von Bürgerinitiativen und der Waggonlobby sagt: „Mit uns wird es keine Nachtfahrverbote geben“, dann stellt er nach Ansicht von Gross damit nicht nur den Koalitionsvertrag, sondern auch die Arbeit der CDU im Land in Frage.

„Als ob es hier um einen Geschäftstermin ginge, den man früher oder später legt. Vielmehr geht es doch um die Frage, wie lange man die Menschen hier im Rheintal noch Bedingungen aussetzt, die weder mit dem Grundgesetz und schon gar nicht mit den Menschenrechten zu vereinbaren sind“, kritisiert der Pro-Rheintal-Sprecher.

Gross weiter: „Es ist unglaublich – haben wir doch gerade erst eine Studie vorgestellt, in der tausende von Toten und Neuerkrankungen jedes Jahr auf der Rheinstrecke prognostiziert werden. Und was ist die Reaktion aus Berlin darauf? Man will den Wagenhaltern nicht zumuten, dass sie ihre 30 oder 40 Jahre alten Fahrzeuge endlich mit Bremsklötzen ausrüsten, die der Staat bezahlt und durch die ihre uralten Waggons leiser werden!“

Die drakonischen Maßnahmen, mit denen Verkehrsstaatssekretär Enak Ferlemann allerdings erst von 2020 an droht, bedeuten zum jetzigen Zeitpunkt nichts anderes, als dass man sehenden Auges sechs weitere Jahre zuschauen möchte, wie der Verkehr und der Lärm den Menschen und dem Rheintal schadet. Gleichzeitig prognostiziert man weiteres Wachstum auf der bestehenden Strecke – eine neue wird es laut Gross in absehbarer Zeit nicht geben – und damit noch mehr Lärm und noch mehr Leid. Denn inzwischen sei es ja wohl Konsens unter allen Politikern, dass Bahnlärm krank macht! Wo bleibt da der Protest der Landesregierung, fragt sich Gross.

Selbst der grüne Europa-Abgeordnete und Vorsitzende des EU-Verkehrsausschusses, Michael Cramer, habe sich inzwischen zum Verkehrslobbyisten entwickelt und fordere zusätzliche Anreize für die Waggonhalter! „Wenn es nicht um die Waggoneinsteller, sondern um private Pkw-Halter ginge, würden die Grünen vermutlich eine sofortige Stilllegung oder den Umstieg aufs Fahrrad fordern.“ Gross erwartet, dass sich der Beirat Leiseres Mittelrheintal, mit Ausnahme der Bahn, geschlossen hinter die Forderung stellt, dass 50 Prozent aller Waggons bis 2016 umgerüstet sein müssen. Selbst Bahnchef Grube habe ihm kurz vor Weihnachten telefonisch zugesagt, dass spätestens bis 2017 50 Prozent der bahneigenen Wagen umgerüstet seien.

Deshalb sei es frevelhaft, wenn von Seiten der Bundesregierung und der CSU jetzt solche lobbyistenfreundlichen Äußerungen gemacht würden, anstelle die Lärmsituation im Rheintal ernst zu nehmen. Ähnlich waren auch die Reaktionen auf dem Treffen der Bürgermeister und

Landräte, die am Donnerstag in Koblenz zusammenkamen, um die Bahnlärm-Demo am 9. Mai 2015 in Koblenz vorzubereiten. Zu den zentralen Forderungen bei der Kundgebung gehören ein Nachtfahrverbot ab 2016 für Güterwagen, die bis dahin nicht umgerüstet sind, sowie ein Stopp weiterer Verkehrszunahmen, bis der Lärm drastisch reduziert wurde. Ebenso eine Aufhebung des geltenden Bestandschutzes, damit die Menschen im Rheintal endlich einen Anspruch auf Lärmschutz haben, und zwar einen Lärmschutz, der unterhalb der gesundheitsschädigenden Grenze liegt, was derzeit mit nachts 60 dB(A) als Grenzwert und tatsächlich gemessenen 80 dB(A) überhaupt nicht der Fall sei und jedes Maß an Mitmenschlichkeit und Verständnis vermissen lasse.

„Wir lassen uns nicht mehr länger zum Narren halten. Der Rhein lebt und weiß sich zu wehren“, sagt Gross

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard
Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild 1: Stau im Güterverkehr? So könnte es demnächst aussehen, wenn die Wagenhalter ihre alten Waggons nicht zügig auf neue Bremsen umrüsten. Gerichte könnten ein Nachtfahrverbot verhängen und Bürger könnten die Strecken blockieren!



Bild 2: Neue Bremsklötze (hier rot gekennzeichnet) sind in wenigen Minuten umgerüstet und werden vom Staat bezahlt und von der EU bezuschusst. Doch die Waggonbesitzer wollen mehr und scheren sich wenig um das Leid der Menschen!